

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1288.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkadt.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 87,00 M., Einzelnummer 2,50 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Druckerei: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gelblich-weiße Komparcille 13,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 3 gelblich-weiße Komparcille 48,00 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 2 M.

Nr. 200

Dresden, Montag den 28. August 1922

33. Jahrg.

## Vor dem Eingreifen Amerikas?

Bisher mußte man annehmen, daß Amerika sich vor dem Eingreifen in die europäischen Angelegenheiten einmischen würde. Aber die Gefahr einer europäischen Katastrophe, die durch den Zusammenbruch der deutschen Währung heraufbeschworen wird, scheint die Amerikaner zu der Erkenntnis zu bringen, daß Europa sofort geholfen werden muß.

Erleichtert wird das Eingreifen der amerikanischen Regierung, wenn es sich bewährt, daß die Demokraten die Absicht haben, den Wahlkampf unter der Parole: „Hilfe für Europa“ zu führen. Dadurch wäre die herrschende republikanische Partei der Furcht ledig, daß ihr eine sofortige Hilfe für Europa, d. h. ein finanzieller Beistand Amerikas auf einen Teil der aliierten Schulden, im Wahlkampf zum Vorwurf gemacht werden könnte. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die europäische Studienreise des demokratischen Gouverneurs James Cox eine ganz besondere Bedeutung.

James Cox machte bei seinem Aufenthalt in London die feinfaktuelle Mitteilung, daß Bestrebungen im Gange sind, den amerikanischen Handelsminister Herbert Hoover, den aus der Kriegszeit bekannten Lebensmittellieferanten, als Schlichter für die Reparationsfrage zu bestellen. Gouverneur Cox hat Lloyd George in einer zweistündigen Unterredung diesen Plan entwickelt. Cox soll bereits von englischer, französischer und deutscher Seite die Versicherung erhalten haben, daß diese drei Nationen mit dem Eintritt Hoovers in die Reparationskommission einverstanden sein würden.

Vor amerikanischen Pressevertretern teilte Cox folgende Einzelheiten mit:

Hoover würde die Aufgabe zufallen, die Lage Deutschlands festzustellen und die Summe zu fixieren, die Deutschland zu zahlen in der Lage ist. Cox betonte, daß Hoover das Vertrauen Europas bezieht.

Schon die bloße Ankündigung seiner Ernennung würde dazu beitragen, die Verhältnisse zu stabilisieren. Später, nachdem die Reparationsfrage gelöst sei, würden Deutschland sowohl wie Frankreich und Oesterreich in der Lage sein, die notwendigen Anleihen zu erhalten.

Zur Begründung sagte Gouverneur Cox: „Das Sturmgewitter der wirtschaftlichen Welt ist in Mitteleuropa. Alle Nationen, die Deutschland und Oesterreich beiseite haben, sind einer Meinung über den kritischen Punkt, an dem beide Länder angelangt sind. Oesterreich ist bereits in Auflösung begriffen. Jede Stunde aber bringt Deutschland demselben Punkt näher. Die Nationen Europas befinden sich selbst auf einem toten Punkt in der Reparationsfrage. Diesem Punkt des Atlantischen Ozeans scheint man keine Lösung zu finden. Der Hauptstich liegt bei den Vereinigten Staaten. Keine der von England vorgeschlagenen Lösungen scheint von Frankreich angenommen zu werden.“

Es ist leicht, die Lage Deutschlands und Frankreichs zusammenzufassen. Seit Kriegsende hat Frankreich im eigenen Lande für etwa zehn Milliarden Anleihen ausgegeben, die durch Deutschland auf Grund des Friedensvertrages zurückgezahlt werden sollen. Deutschland hat ein Viertel seines Gebiets verloren, vier Fünftel seiner Exporteinnahmen und ein Fünftel seines Gebiets verloren. Es hat etwa 25 Milliarden Dollar während des Krieges aufgenommen, und ein Defizit von zehn Milliarden bleibt als schwebende Schuld. Cox ist der Meinung, daß die Mittelpolitik Frankreichs nur auf dem Wunsch nach eigener Sicherheit beruht, daß aber die deutsche Regierung ebenfalls den Frieden wünsche. Er fuhr dann fort:

„Deutschland hat etwa 20 Millionen Einwohner, die es nur bei industrieller Hochkonjunktur beschäftigen kann. Als die Mark auf 100 bis 200 für den Dollar stand, hatte Deutschland einen gewissen Vorteil auf dem internationalen Markt. Heute aber können die Banken die Rohstoffpreise nicht mehr finanzieren und keine Rohware absetzen. Wenn nicht auf irgendeine Weise eine Erleichterung geschaffen wird, werden die Geschäfte schließen, die Betriebe stillgelegt. Millionen werden beschäftigungslos und der Winter voll Not und Entbehrung. Wenn Deutschland zusammenbricht, kann Frankreich seine Zahlungen erhalten und wird den Verlust nicht ohne schweren Schaden tragen können.“

Auf seine Unterredung mit dem Reichskanzler Wirth kommend, erklärte Cox, der Kanzler habe ihm in tiefster Bewegung gesagt:

„Wenn die Vereinigten Staaten nicht bald für Europa interessieren, ist in Deutschland und ganz Mitteleuropa alles verloren.“

Cox sagte, Kanzler Wirth habe ihn ermahnt, seine Ausführungen dem amerikanischen Volk zu übermitteln. Noch sei es nicht zu spät, um das Unglück zu verhüten.

### Eine amerikanische Bankierkonferenz

Daily Telegraph meldet aus New York, daß in Williamsstown (Massachusetts) eine nicht offizielle Konferenz amerikanischer Bankiers stattfindet, auf der Pläne zur Wiederherstellung Europas erörtert werden. In diesen Plänen werde die Streichung der Schulden der kontinentalen Kriegerstaaten in Amerika in Aussicht genommen; die Schulden Englands müßten jedoch bezahlt werden. Es werde vorgeschlagen, daß Amerika dann gemeinsam mit Großbritannien den wirtschaftlich schwächeren Ländern Bedingungen auf-

erlegen würde, die die Wiederherstellung des Handels und des wirtschaftlichen Gleichgewichts bezwecken. Die Reformen auf dem Kontinent, auf denen bestanden werden müßten, umfaßten:

1. Reform der Staatsfinanzen einschließlich Steuererhebung und Verminderung der Staatsausgaben.
2. Wiederherstellung der Goldbasis auf einer neuen, viel niedrigeren Goldparität.
3. Eine wirtschaftliche Regelung der deutschen Reparationsfrage, die eine große Herabsetzung der Forderungen an Deutschland umfasse, sowie ein Moratorium von drei oder fünf Jahren, falls keine ausländische Anleihe es Deutschland ermögliche, einen Teil der Reparationen zu zahlen.
4. Befreiung der zentralen und südlichen Handelsstrassen, die verschiedene Länder Europas erreicht haben.

Dieser Plan, der von dem Wirtschaftler Dr. F. D. Johnson von der Chase National Bank in New York stammt, protestiert auch gegen die hohen amerikanischen Schutzolltarife, die ein Hindernis für den Wiederaufbau der Welt bilden.

### Entscheidung am Mittwoch

Die Reparationskommission ist der Ansicht, daß es ihr nicht möglich sein wird, vor Mittwoch den 30. August eine Entscheidung über das von der deutschen Regierung am 12. Juli vorgelegte Moratoriumsverlangen zu fällen. Sie hat der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß, wenn diese von der Möglichkeit, gehört zu werden, die ihr nach Artikel 234 des Friedensvertrages zusteht, Gebrauch zu machen wünscht, die Kommission geneigt ist, die bevollmächtigten Vertreter am Mittwoch zu hören.

Der Besprechung der Reparationskommission hat auch ein amerikanischer Vertreter offiziell beigewohnt.

Wie der Temps meldet, haben in der Zusammenfassung der Reparationskommission, die offiziellen Charakter hatte, die einzelnen Delegierten ihre Ansicht über das deutsche Moratoriumsverlangen auseinandergesetzt. Die einen erklärten, sie seien einem Moratorium gänzlich gegenständig, die andern betonten, sie seien gegen ein Moratorium, wenn nicht durch Deutschland positive Pfände gegeben würden. Zwei Ansichten (sien bei den Mitgliedern der Reparationskommission zum Durchbruch gekommen. Einmal, daß die gegenwärtige Anleihe ohne schwere Folgen nicht länger dauern könne und daß die Entscheidung der Kommission möglichst früh, wenn möglich am Mittwoch, erfolgen müsse, ferner, daß durch eine Delegiertenversammlung Versuche gemacht werden müßten, um eine einstimmige Entscheidung herbeizuführen.

## Die Not der Zeitungen

Von Hermann Rahmann, M. d. R.

Der Wert der deutschen Mark sinkt in rapidem Tempo. Vor zwei Monaten hatte die deutsche Papiermark im Ausland noch die Kaufkraft eines Friedenspfennigs; heute sind schon fünf Reichsmark nötig, um im Ausland den Wert zu haben, den ein Pfennig im Frieden hatte. In dieser Entwicklung liegt eine furchtbare Tragik; sie zeigt die rasche Verarmung einer großen Kulturnation, sie zeigt die Verelendung der breiten Schichten des werktätigen Volkes, des Mittelstandes, zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmer, gar nicht zu reden von den armseligen Rentnern, und sie bringt selbst zahlreiche Großbetriebe, die viele Goldmillionen in Wertes inbestieren, in Kapitalkrisen.

Der Stand des Dollars ist das Barometer der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, unter denen das Volk zu leben und zu leiden und unter denen die gesetzgebenden Körperschaften und die Regierung zu arbeiten haben, denn der Entwertung der Mark im Auslande muß die Entwertung im Inlande folgen, die ihren Ausdruck in Teuerungen und Lohnsteigerungen findet. Diese Erscheinung aber zeigt auch dem ganzen Volke, was es bedeutet, einen Krieg zu führen und ihn zu verlieren, denn das ganze Klein- und Mittelrentnerium mit den Begleitererscheinungen, wie Warenmangel, Teuerung und Hunger, sind nichts weiter, als Folgen des Krieges, den die kaiserliche deutsche Regierung aus Unfähigkeit nicht zu verhindern und dank ihrer politischen Dummheit nicht früher unter besseren Bedingungen zu beendigen vermochte.

Wenn die Entente nicht bald einzusehen beginnt, daß Deutschland eine große Atempause und eine große Anleihe gelehrt werden muß, dann zerbrechen große Teile der deutschen Wirtschaft, denn schon jetzt gehen zahlreiche Unternehmungen an Erschöpfung zugrunde.

Am allerschlimmsten leidet die deutsche Presse unter der Teuerung. Zahlreiche Blätter haben ihr Erscheinen bereits einstellen müssen, weil die Unternehmungen eines teils nicht genügend Kapital beizubringen konnten, um die schnell steigenden Kosten für Papier, Schriften, Farben, Gel, Öhne abzudecken zu können, weil sie andererseits nicht im entfernt-

Zwei Strömungen stehen in Paris einander gegenüber, die politische, die den Einmarsch ins Ruhrgebiet wünscht, und die wirtschaftliche, die nach dem Programm des früheren Finanzministers Seydoux auf eine Verständigung zwischen französischen und deutschen Industriellen hinarbeitet. Es wird jetzt wesentlich darauf ankommen, ob die französischen Industriegruppen hart genug sind, ihren Einfluß in Paris dahin geltend zu machen, daß nicht die imperialistische Politik, sondern die Wirtschaftspolitik das letzte Wort behält.

### Ausländische Arbeiterführer beim Reichskanzler

Der Reichskanzler empfing am Sonnabend mittag Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien, um sie über die Verhandlungen der Regierung mit der Reparationskommission und die Pläne des Kabinetts gegen den Budget usw. zu unterrichten. Auch der inzwischen bezeugte Konflikt mit der bayerischen Regierung wurde erörtert. Im großen und ganzen erklärten sich die Vertreter der beiden Parteien mit der von der Reichsregierung in letzter Zeit verfolgten Politik einverstanden.

Durch Vermittlung des Genossen Bels wurden am Nachmittag die in Berlin weilenden Genossen Rouhaug, Paris, und F. u. m. n., Amsterdam, vom Internationalen Gewerkschaftsbund und Tom Shaw, London, von der Zweiten Internationale zum Kanzler empfangen. Sowohl die Vertreter der Gewerkschaftsinternationale als auch Tom Shaw beabsichtigen bei den deutschen Gewerkschaften und amtlichen Stellen die Sammlung von statistischem Material zur Einleitung einer umfangreichen Propaganda im Ausland über die wirkliche Lage Deutschlands. Vor allem soll dieses Material auch zur Widerlegung der fortgesetzten falschen französischen Behauptungen dienen.

Die Besprechung mit dem Reichskanzler leistete den ausländischen Arbeiterführern für die von ihnen übernommene Aufgabe gute Dienste. Dr. Wirth schilderte ausführlich die deutschen Wirtschaftsverhältnisse und die Lage der deutschen Arbeiterschaft. Er verwies insbesondere darauf, daß der Niedergang Deutschlands nicht nur schwere innerpolitische Gefahren für unser Land und für seine wirtschaftliche Entwicklung in sich birgt, sondern katastrophale Auswirkungen auch auf das Ausland mit sich führe. Deutschland könne die von Frankreich geforderten „produktiven Pfänder“ nach den von ihm bereits erlegten Verpflichtungen und nach der Gesamtanlage des Reichs nicht geben. Der Reichskanzler erwiderte auf die Frage nach der Festigkeit der Republik, daß nur ein Zusammenbruch unserer Wirtschaft den Bestand der Republik gefährden könnte, die sonst gesichert sei. Wie von den Gewerkschaften, erhielten unsere ausländischen Genossen auch von dem Reichskanzler umfangreiches statistisches Material, dessen weitestgehende Ausnutzung sie ausdrücklich zusagten.

testen die Abonnements- und Inseratenpreise im Verhältnis der eingetragenen Teuerung erhöhen konnten und weil, was erklärlich, aber doch tief bedauerlich ist, die Leserschaft sich ständig verminderte.

Es wäre gewiß kein Unglück, wenn von den zehntausenden deutscher Tageszeitungen einige Prozent für immer verschwinden, zumal oft in kleinen Städten mehrere Blättchen erscheinen, die, soweit bei ihnen überhaupt von politischer Einstellung gesprochen werden kann, sich von einander gar nicht unterscheiden, die in kümmerlicher Aufmachung die gleichen Nachrichten bringen und als Kulturträger kaum in Frage kommen können. Die Ausbreitung größerer Zeitungen, die die politische Information besser besorgen und sich stärker in den Dienst der Volkswirtschaft, Technik, Kunst und Wissenschaft stellen, wäre im Interesse der ganzen Volkskultur durchaus notwendig.

Aber jetzt handelt es sich nicht nur mehr um die kleinen Zeitungen, jetzt stehen auch die großen — und da wieder besonders zahlreiche führende politische Zeitungen — vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Der Papierpreis, der im Frieden 2000 M. per Waggon betrug, wird im September 700 000 bis 800 000 M. betragen, und damit eine Steigerung um das 350- bis 400fache erreicht haben. Die Steigerung wird schnell weitergehen, denn die Preise für Kohlen, Farben, Frachten und Löhne werden auch schnell nach oben gehen, und darum wäre es heute schon berechtigt, sollten die Zeitungen im Vorkriegsumfang und mit dem so notwendigen guten Inhalt erscheinen, den Abonnementspreis der Vorkriegszeit auf mindestens das 300fache zu erhöhen. Das verbietet sich von selbst, denn die Massen des Volkes leben in bitterer Not und müssen mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen hausväterisch umgehen und allzu oft wird daher mit dem Sparen bei der Zeitung angefangen.

Darin liegt ein Schaden von unaußersichtlicher Größe für das ganze Volk, denn gerade jetzt käme es für unser Volk darauf an, Zeitungen zu haben, die den durch den Krieg gestiegenen geistigen und moralischen Schaden entgegenwirken.